

Tagesordnung I Punkt 8.1 der öffentlichen Sitzung am 25. März 2010

Antrags-Nr. 10-F-24-0004

**NPD-Aufmarsch in Wiesbaden verhindern - Gemeinsam gegen jede Form des Extremismus
- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen
und FDP vom 24.03.2010 -**

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

1. Die Erinnerung an die Verbrechen des Nationalsozialismus mahnt uns eindringlich, jede Form von Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus engagiert zu bekämpfen und keinerlei Toleranz zu üben gegenüber jedweden Versuchen der NPD und anderer rechtsextremistischer und neonazistischer Gruppen, ihre widerwärtige Propaganda zu verbreiten.
2. Unsere freiheitliche Demokratie lebt von der argumentativen Auseinandersetzung um politische Ziele und Meinungen wie von der einmütigen und strikten Ablehnung von Gewalt als Mittel der Politik. Dies eint alle Demokraten und fördert das Engagement der Bürgerinnen und Bürger für unsere Gesellschaft.
3. Alle Wiesbadener Bürgerinnen und Bürger sind aufgefordert, auch am 8. Mai 2010 gemeinsam mit den politisch Verantwortlichen für die demokratische Kultur und ein friedliches Miteinander aller in Wiesbaden lebenden Menschen einzutreten. Die Stadtverordnetenversammlung dankt allen Bürgerinnen und Bürgern, die sich in rechtsstaatlicher Weise gegen jede Form des Extremismus engagieren.
4. Die Stadtverordnetenversammlung lehnt den für den 8. Mai von der NPD-Jugendorganisation in Wiesbaden geplanten Aufmarsch entschieden ab.
5. Der Magistrat wird aufgefordert, alle rechtlichen und organisatorischen Maßnahmen zu ergreifen, um den geplanten NPD-Aufmarsch zu unterbinden.

Beschluss Nr. 0163

Der gemeinsame Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 24.03.2010 betr.

NPD-Aufmarsch in Wiesbaden verhindern -
Gemeinsam gegen jede Form des Extremismus

wird angenommen.

Dem Magistrat
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden, .03.2010

Nickel
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
-16 -

Wiesbaden, .03.2010

Dezernat VII
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Dr. Müller
Oberbürgermeister